

Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorweg: Dass eine Gewerkschaft für ihre Mitglieder eintritt, liegt im Zwecke der Gewerkschaft.

Dass eine Regierung gegen die österreichische Gepflogenheit einer sozialpartnerschaftlichen Lösung eintritt, ist ein Novum. Dass dieses Novum von einer sozialistisch geführten Regierung gesetzt wird, MUSS zu einer Aufhebung des Clubzwanges führen: der Bundeskanzler selbst ist doch stolz auf die Errungenschaften der Gewerkschaften! Also kann kein von der Gewerkschaft entsandte VolksVERTRETER diesem Entwurf zustimmen!

Der Entwurf ist arbeitnehmerfeindlich und diskriminiert vor allem auch Frauen - dafür stammt er auch aus der Feder von BM Heinisch-Hossek! Wenn es darum geht, dass hier ein Sparpaket geschnürt werden soll, dann erwarte ich zumindest die EHRlichkeit unserer Regierung, dies dem Volk zu sagen. So wird aber Hass gegen eine ganze Berufsgruppe geschnürt - übrigens seit langer Zeit und sehr gezielt mit gekauften Medien: gute Bezahlung in Inseraten als Informationspolitik ist ja wohl ein Kauf!

Warum ausgerechnet bei Lehrern die Arbeitszeit ausgedehnt werden soll - auf den Plakaten der SPÖ kann man Gegenteiliges lesen - noch dazu bei gleichzeitiger massiver Senkung des Stundenlohnes, ist für niemanden nachvollziehbar! Daher kann diese Maßnahme nur entschieden abgelehnt werden.

Auch die Argumentation, dass es sich um eine Verschlechterung in 5 Jahren handeln wird, zeigt nur die Denkweisen unserer Regierungsspitze: nach uns die Sintflut und zukünftige Generationen sollen zahlen! Das ist eines Sozialstaates unwürdig!

Der Entwurf berücksichtigt weder Übergangsbestimmungen, Wahloptionen für "alte" LehrerInnen noch den unterschiedlichen Ausbildungsstand. Nicht ausreichend Berücksichtigung finden die unterschiedlichen hohen Arbeitsbelastungen der verschiedenen Unterrichtsfächer und der unterschiedlichen Schulen. Es soll einfach alles einer Ideologie geopfert werden! Es darf auch nicht sein, dass in Hinkunft jeder Lehrer jedes Fach unterrichten muss an jeder beliebigen Schule! Das ist eine Qualitätsminderung, die unseren SchülerInnen nicht dient und die die Wünsche der Eltern an eine qualitative Schule nicht erfüllen kann! Auch den Forderungen der Wirtschaft nach einer höheren Kompetenz der Absolventen wird durch solche Einheitsgleichmacherei NICHT entsprochen!

Weiters sind Verschlechterungen bei Leitern von Unterrichtsanstalten (so nennt man heute Schulen) und auch Administratoren vorgesehen: zeitliche Begrenzung der Bestellung, eine Bezahlung die unter Umständen NIEDRIGER ist als für die selbe Person, wenn sie keine Leitungsposition inne hat! Dafür aber eine Ausweitung der Dienstzeit auf die gesamte Unterrichtsdauer, also die Einführung einer 55-Stunden-Woche. In der Praxis sechzig(!) Stunden, wenn von Montag bis Freitag von 8.00 bis 19.00 Uhr Unterricht ist, und der Leiter nicht erst um 8.00 kommt und um 19.00 pünktlichst geht!!

Abzulehnen sind auch Einheitszulagen für manche Fächer in der Unter- und Oberstufe: die

Einordnung nach dem abzuschaffendem Lehrverpflichtungsgesetz läßt dies gar nicht mehr zu!
Außerdem bedeutet eine solche Zulagenvergütung, dass die Zulage im Laufe des Berufslebens NETTO immer weniger wird!

Der gesamte Entwurf ist daher abzulehnen und neu zu VERHANDELN!

Mag. Karl Zeitlhofer, Administrator

Mit der Veröffentlichung einverstanden!